

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1831

28.2.1831 (Nr. 59)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 59.

Montag, den 28. Februar

1831.

Badischer Geschichtskalender.

Friedrich, Graf von Freiburg, erhielt bei seiner Vermählung mit Anna, Tochter des Markgrafen Rudolph von Hochberg-Sausenberg, für die Ehesteuer die Landgrafschaft Breisgau als Pfand. Anna starb, wie ihr Epitaph in der Dominikanerkirche zu Freiburg nachweist, am 28. Febr. 1331.

Frankreich.

Paris, den 23. Febr. Der König erteilte heute dem russ. Gesandten, Grafen Pozzo di Borgo, und Hrn. Odilon-Barrot Privataudienzen.

Deputirtenkammer. — Nach einigen Kommissionsberichten, auf die Niemand achtete, bestieg Hr. Sebastiani die Rednerbühne: „Frankreich“, sagte er, „hatte bei den belgischen Angelegenheiten die Aufgabe, Belgiens Unabhängigkeit und den Frieden von Europa zu erhalten. Es hat die eine durch die Aufstellung des Prinzips der Nichteinmischung erfüllt: Belgien wurde unabhängig. Um der andern Aufgabe zu genügen, hat es, als das Haus Oranien jede Hoffnung, Belgien wieder zu gewinnen, verloren hatte, erklärt, daß es die Vereinigung Belgiens mit Frankreich, welche ihm zudem als Vernichtung der nationalen Existenz jenes Landes dem Charakter und Zwecke seiner Revolution widersprechend schien, sowie die Wahl des Herzogs von Nemours, welche gleiche Nachteile, ohne dieselben Vortheile bot, verworfen. Wenn es aber auch im eigenen Interesse die Anerkennung des Herzogs von Leuchtenberg im Voraus versagte, so hat es damit weder seinem Rechte noch seinen Grundsätzen zuwider gehandelt, da eine Nichtanerkennung keineswegs Einmischung ist. Die Erwählung des Herzogs von Nemours überhob es, dies Recht strenger auszuüben. Ich wende mich zuletzt zur Londoner Konferenz: Sie bildet ein hohes Tribunal des Friedens; sie sollte nur den Charakter der Vermittlung, nicht der Einmischung haben, und nur insofern trat Frankreich ihren Beschüssen bei. In der Frage über die Scheldeöffnung wurde aber derselbe keineswegs verletzt, da die Mächte hierbei nur den anerkannten Grundsatz, daß die Schifffahrt der durch mehrere Staaten fließenden Ströme frei sein müsse, anwandten.“ Während dieser Mittheilung herrschte ein ehrerbietiges Schweigen. General Lamarque äußerte, daß in einem konstitutionellen Staate die Staatsklugheit den König selbst in seinen Familienverhältnissen leiten müsse, und daß daher auch seine Ausschlagung der belgischen Krone für den Herzog von Nemours unter die ministerielle Verantwortlichkeit falle. Er zeigt dann, wie groß die Vortheile einer Vereinigung Belgiens mit Frankreich seien, und behauptet, daß Belgien sich dahin entschieden haben

würde, wenn Frankreich sich nur im Mindesten darum bemüht hätte. Seine Zurückweisung sei jenem Land nachtheilig, diesem gefährlich. „Und, fährt er fort, was konnte das Ministerium dazu bewegen? Die Verträge von 1814 und 1815? Diese sind gebrochen, seit wir das Prinzip der Nichteinmischung aufstellten, da die Mächte sich im Vertrag von 1815 das Interventionsrecht vorbehielten; Grund und Vorwand zum Kriege fehlt daher keinem Theil. Auch meine Freunde und ich wollen den Frieden, aber einen ehrenvollen, und dieser ist nur möglich, wenn Preussen nicht mehr den Kosaken zur Kriegsstraße an die Mosel dient, wenn Italien hinter seine Alpen zurücktritt, und Spanien aufhört, unsere Einrichtungen anzufechten. Man sagt, die Mächte wünschen gleichfalls den Frieden! Allein sieht man denn nicht, daß der Strom der Freiheit überall aus dem Schooß der Erde bricht, und daß eine neue Zeitrechnung beginnen wird? Werden sie dem Prinzip nachgeben, das sie verfolgt? Nein, sie wollen es bekämpfen; ihre Erklärungen sind so aufrichtig, wie zur Zeit der Konstituante, ihre Beurteilungen so wahr, wie die Ludwigs XVIII. gegen die Cortes! Sie widersehen sich der Vereinigung Belgiens nur, um das Mittel zu behalten, in das Herz von Frankreich einzudringen. Minister des Königs, Eure Opfer dienen nur den Kriegsplanen unserer Feinde, und indem Ihr ihnen Zeit laßt, die Stimme der Freiheit bei ihnen zu ersticken, bereitet Ihr den Augenblick, wo sie bei uns den wahren Heerd dieser Freiheit, die Leuchtfackel der Bildung, auslöschen werden! Und was fürchtet Ihr? Was werden nicht die Völker thun, weise gemacht durch 15jährigen Druck, wenn auf unsern Bannern des unsterblichen Canning's Devise steht: „Bürgerliche und religiöse Freiheit“, und wenn wir, mehr als er, die Stürme entfesseln können, mit denen seine beredete Stimme die Welt bedrohte? Ich kann daher die Ausschlagung der belgischen Krone nur bedauern, und stimme dafür, daß alle auf die Angelegenheiten dieses Landes bezüglichen Aktenstücke der Kammer vorgelegt werden.“ Zuletzt greift der Redner das Benehmen der preussischen Garnison in Luxemburg an, indem deren Befehlshaber mehr als 100 Einwohner verbannt habe. Seine Rede machte tiefen Eindruck, und als er die Rednerbühne verließ, fiel von der öffeutlichen

Tribune ein Kranz mit einem dreifarbigem Band; einige Damen traten vor, und zeigten durch Gebärden, daß er für den General Lamarque bestimmt sei. Nur wenige Deputirte bemerkten diesen Vorfall. Hr. von Brigode billigte die Nichtannahme des belgischen Thrones für den Herzog von Nemours. Hr. Mauguin entwickelte zuerst, daß die ganze Londoner Konferenz das Prinzip der Nichteinmischung verlegt habe; am meisten tadelte er die ausgesprochene Neutralität Belgiens. Er behauptete, im Anfang der belgischen Revolution habe das Ministerium den Hrn. von Langsdorff nach Brüssel geschickt, mit der Erklärung, die Ausschließung des Hauses Oranien würde von den Mächten als eine Kriegserklärung betrachtet werden; sie sei erfolgt, und Niemand habe den Krieg erklärt. Jetzt sei nach 5 Monaten die Lage Belgiens noch immer dieselbe, und dies Land könne doch unmöglich für sich allein bestehen; alle Zögerungen dienten nur dazu, den Prinzen von Oranien, und damit den russ. Einfluß zurückzuführen. „Die belgischen Unterhandlungen“, äusserte er, „enthüllen den geheimen Gedanken der Mächte. Seit einem halben Jahrhundert hat sich die allgemeine Politik Europas geändert, und ihre Schwerpunkte sind jetzt Paris und Petersburg, statt früher Paris und Wien. England, der Wächter für die Erhaltung des Bestehenden, hat sich aber jetzt für Rußland entschieden, weil der englische Staatsmann stets einen gewissen Widerwillen gegen Frankreich fählt. Nicht das Nationalinteresse erhebt die Staaten Europas gegen uns, sondern das aristokratische, dem unsre Revolution Gefahr droht.“ Zuletzt behauptete der Redner, die Versicherungen des Ministeriums wegen Erhaltung des Friedens seien bei der schlechten Repräsentation Frankreichs im Ausland, in dem immer noch viele der ehemaligen Gesandten an ihren Posten seien, ganz unzuverlässig; er tadelt namentlich, daß in Warschau ein französischer Konsul sei, welcher die dreifarbige Fahne nur nach einer Konferenz mit dem Csesarewitsch aufgepflanzt, und in Konstantinopel ein Gesandter, der stets im russ. Interesse gehandelt habe. Der Minister des Auswärtigen zeigte die Grundlosigkeit dieser Angriffe, und erwiederte, daß seine Friedenshoffnungen sich auf die förmlichen Erklärungen der fremden Mächte gründeten, und daß namentlich die Englands bei dem loyalen Charakter seiner Minister glaubwürdig seien. Er äusserte, Frankreich habe gegründete Hoffnung, daß Polen auf keinen Fall eine russische Provinz würde, und widerlegte die Behauptung, daß Frankreich in den belgischen Angelegenheiten intervenirt habe. Er glaubte endlich, daß die Regierung die belgische Krone, ohne die Kammern zu befragen, habe zurückweisen können, da sie dieselbe doch nie angenommen hätte. Hr. Mauguin bestieg noch einmal die Tribune, allein Hr. Sebastiani erklärte, er werde keine Frage mehr beantworten, und verließ den Saal. Als er wieder zurückkam, replizierte Hr. Mauguin auf die Bertheidigungsrede des Ministers, und behauptete, einer der Hauptgründe von dem Mißbehagen Frankreichs liege in den häufigen Abweichungen des Ministeriums von seinen Grundsätzen,

und diese rührten daher, daß es von unkonstitutionellen Gewalten umgeben sei. Hr. Biennet meinte, die Vereinigung Belgiens sei unvermeidlich, und Frankreich müsse sich bis an den Rhein erstrecken; doch rieth er, jede Herausforderung zu vermeiden. Der General Lafayette äusserte, Frankreich habe jetzt Belgiens Territorium, wie der Kongreß dies festgesetzt habe, zu vertheidigen, und auch zu Gunsten der Polen das Prinzip der Nichteinmischung, das durch den Einmarsch der Russen als einer fremden Macht verletzt sei, aufrecht zu erhalten; dasselbe müsse es in Italien gegen Oestreich thun, und bei Preussen diplomatisch interveniren, daß diese Macht ihre für das zivilisirte Europa unbegehrlichen Maaßregeln, wie die Beschlagnahme der Gelder der polnischen Bank in Berlin, Verhaftung von Reisenden und Abnahme ihrer Baarschaften, zurücknehme. Zuletzt berührt er noch einmal die letzten Unruhen, und versichert, Frankreich habe vor der Religion die gebührende Ehrerbietung, und werde die Herstellung der bloßen Kreuze auf den Kirchen gerne sehen. Nachdem er geendet, verließen die Deputirten ihre Plätze.

Pairstkammer. — Die betreffenden Minister überreichten die Gesetze über die Errichtung einer Fremdenlegion, die Unterdrückung des Sklavenhandels und die Anleihe der Stadt Paris von 15 Mill. Der Minister des Innern theilte den Bericht über die belgischen Angelegenheiten mit. Auf den Vorschlag des Marshalls Jourdan ernannte der Präsident eine Kommission zur Entwerfung einer Dank-sagungsadresse. Hr. Laisné rath in derselben, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Angriffe gegen die Religion zu richten. Der Vorschlag des Hrn. v. Broglie, das Nationalgardengesetz unverändert anzunehmen, wurde, obwohl die Minister ihn unterstützten, nach einer ungewöhnlich stürmischen Diskussion, verworfen, und dann die 49 ersten Artikel des Kommissionsprojekts angenommen. Hr. Roy erstattete Bericht über das Amortissementsgesetz.

Die franzöf. Blätter, unter ihnen der ministerielle Messager, sagen: Oestreich habe die Absicht, in den italienischen Angelegenheiten zu interveniren.

Nach der Tribune will der Marshall Soult sich aus dem Ministerium zurückziehen.

Hr. Bivien ist schon auf der Polizeipräfektur installiert worden.

Von den 150 wegen der Dezemberunruhen Angeklagten wurden 96 freigesprochen, 26 vor die Affisen, und 16 vor das Zuchtpolizeigericht gewiesen. — Die Untersuchung der letzten Unordnungen schreiet rasch vorwärts.

Der Grund der Unruhen in Arles war gleichfalls ein Trauergottesdienst am 14. d. — Eine Hausfuchung bei Hrn. Jégon du Laz in dessen Schlosse bei Chateaulin soll zur Entdeckung eines Insurrektionsplanes für die Bretagne und die Vendée geführt haben.

Heute kam Paganini hier an.

Großbritannien.

London, den 21. Febr. Sitzung des Unterhauses vom 19. — Hr. Hume widersetzte sich einer vorgeschlagenen Vermehrung des Heeres, indem er auf Ersparnisse drang, und äusserte, die Regierung wolle dadurch nur dem Land imponiren; zuletzt verlangte er (wie wir schon berichteten) die Vorlage aller Belgien betreffenden Protokolle. Lord Palmerston erwiederte, daß schon Irlands Zustand die Vermehrung des Heeres gebiete, da hier dem Gesez Achtung verschafft werden müsse. Die Vorlage der Papiere könne nicht erfolgen, weil die Unterhandlungen noch fort dauerten; wenn sie die nöthige Reife erlangt hätten, so werde die Regierung sie vorlegen. Mit Unrecht werfe man derselben vor, sie befolge die Prinzipien der h. Allianz, weil sie Belgiens Gränze bestimme. Belgien sei kein bestehender Staat, sondern es habe sich erst gebildet, und wie die Mächte es 1815 dem König der Niederlande gegeben hätten, um Europas Frieden zu sichern, so müßten sie jetzt, wo dies Verhältniß nicht mehr länger fort dauern könne, auch das Recht haben, seine Gränze zu bestimmen, und dafür zu sorgen, daß nicht das Gebiet Hollands verletzt würde. Luxemburg gehöre dem deutschen Bund, und die Mächte könnten daher nicht darüber verfügen. Unstreitig hätte auch jeder Staat, dem ein Vorgang in seinem Nachbarlande gefährlich scheine, in gewissem Maasse das Recht, sich einzumischen, also sich z. B. die Wahl eines gewissen Individuums zum König zu verbieten; dies sei beim Herzog von Nemours und von Leuchtenberg der Fall gewesen. Was die Schuldtheilung zwischen Belgien und Holland betrafte, so halte er dafür, daß jedes Land für seinen Antheil haften müsse.

Lord Althorp soll vorhaben, sich zurückzuziehen; als seinen Nachfolger nennt man Hr. Graham. — Ein Milizenregiment ist nach Irland beordert worden. Im Lower hält man 200,000 Flinten bereit, um im Nothfall eine solche Anzahl Truppen bewaffnen zu können.

London, den 22. Febr. Am 21. machte im Oberhaus Lord Strangford seinen angekündigten Antrag, von der Regierung Bericht über die Verträge mit Portugal zu verlangen, und diese bewilligte denselben. Das Unterhaus beschäftigte sich mit der Zuckerauflage und dem Armeebudget.

Italien.

Bei der zu Turin am 12. Febr. vollzogenen Vermählung der Prinzessin Marie Anne Karoline von Sardinen mit Sr. Maj. dem Könige von Ungarn, hatte der König von Sardinien selbst die Prokura des Bräutigams übernommen. Am folgenden Tage reiste die Neuvermählte in Begleitung des Königs und der Königin von Sardinien, nach Mailand, wo die Uebergabe an den kais. Kommissair, Grafen Borromeo, am 15. erfolgte. Ihre Majestät wurde am 25. Feb. in Schönbrunn erwartet.

Parma, den 16. Febr. In der Nacht vom 11. auf

den 12. Febr. zeigten sich in Parma aufrührerische Bewegungen. Da indeß der Tag des 12. ziemlich ruhig vorüberging, beschloßen Ihre Maj. die Frau Erzherzogin Marie Luise, Herzogin von Parma, gegen deren Person stets die höchste Achtung bewiesen wurde, Parma nicht zu verlassen, um so vielleicht weiteren Ausbrüchen vorzubeugen. Mittlerweile war jedoch ein Haufe Rebellen von Reggio her in das parmefanische Gebiet eingedrungen, und unter dem Geschrei: „Es lebe die Freiheit! Stürzt Alles um; ihr könnt thun, was ihr wollt! Unser Bestand ist euch sicher!“ zu Parma eingerückt. Jetzt nahm der Aufruhr in Parma überhand; der nunmehr beschlossenen Abreise der Herzogin wurden Hindernisse in den Weg gelegt; es bildete sich eine neue Municipalität und eine Nationalgarde mit den revolutionären Farben, und diese Behörden verlangten bei Ihrer Maj. der Herzogin vorgelassen zu werden. Ihre Maj. weigerten sich standhaft, den Rebellen Gehör zu geben, und trafen alle Anstalten zu Ihrer Abreise, welche auch bei dem festen Willen der erlauchten Fürstin am 15. d. nach Mitternacht ungehindert erfolgte. Ihre Maj. trafen an diesem Tage um 8 Uhr früh mit Ihrem Gefolge glücklich in Casal Maggiore ein. — In Piacenza war bei Abgang der letzten Nachrichten Alles vollkommen ruhig.

(Oestreich. Beob.)

Rom, den 17. Febr. Bisher blieb hier durch die kräftigen Maaßregeln der Regierung Alles ruhig, und die Auführer, welche sich verschiedene erlauchte Personen zu Anführern geben, wollen, wie man sagt, auf Hilfe von Aussen warten. Die Fremden verlassen indeß die Stadt, obwohl bei der Schwäche der Verschwornen, deren es unstreitig hier gibt, und bei einer Besatzung von 6000 Mann (mit Einschluß der Bürgergarde) nichts zu besorgen ist. Auch Perugia hat sich erhoben. Der Erzbischof Dyzioni wurde in Bologna zwar ehrerbietig aufgenommen, allein seine Gewalt nur in geistlichen Sachen anerkannt. Von dort sind Truppen nach Ancona gezogen, um sich dieser Festung zu bemächtigen. Ein glücklicher Erfolg dieses Plans müßte für die gegen Neapel liegenden Legationen schlimme Folgen haben.

Neapel, den 12. Febr. Das ganze Königreich genießt vollkommener Ruhe; man erwartet ein neues Ministerium im konstitutionellen Sinn.

Die Bevölkerung der bisher aufgestandenen italienischen Provinzen beträgt etwa 1,661,705 Seelen; französ. Blätter meinen, im Fall eines Angriffs würden 250,000 Bürger gegen den Feind marschiren.

Das Wappen der neuen italienischen Republik ist ein Löwe mit einer dreifarbigten Fahne, und auf ihr die Inschrift: Freiheit.

Belgien.

Brüssel, den 23. Febr. Sitzung des Kongresses vom 22. — Das Wahlgesetz ward mit 75 Stimmen gegen 64 verworfen. Dann begann die Berathung des Gesetzes über die Wahl eines Generallieutenants; Hr. von Serlache wird hiebei präsidiren, da Hr. Surlet de Chos

